

Teil IV: Erweiterungen und Vertiefungen

3. Befunde und Deutungen der „Bild“-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise 2010 im Detail:

Inhalte

Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz

Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mägde

Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010

**Eine Studie der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt/Main 2011**

Teil IV: Erweiterungen und Vertiefungen

1. „Ich hoffe, dass in den Verlusten auch ein Zeichen von Abwendung steckt“
Interview mit Günter Wallraff

2. Befunde und Deutungen der „Bild“-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise 2010 im Detail: Handwerk und Machart

- 3. Befunde und Deutungen der „Bild“-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise 2010 im Detail: Inhalte

4. Tagesdarstellung und -analyse der „Bild“-Berichterstattung vom 29. Januar bis 30. Juni 2010

5. Die „Bild“-Herbst-Serie „Wie Griechenland den Euro bekam“

6. Die „Bild“-Kampagne in der öffentlichen Debatte – einige Funde

7. Chronologisches zur Griechenland- und Eurokrise

Neben diesem Teil IV, der die empirische Analyse und die inhaltliche Bewertung der „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010 in der Printfassung erweitert und vertieft, informiert die Otto Brenner Stiftung unter www.bild-studie.de laufend und zeitnah über die Studie.

Wir machen Reaktionen auf die Studie öffentlich zugänglich, stellen Material zur Studie zur Verfügung, kündigen Termine von Veranstaltungen zur Studie an und verlinken zu interessanten Seiten, die sich auch mit „Bild“ beschäftigen.

3. Befunde und Deutungen der „Bild“-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise 2010 im Detail: Inhalte

3.1 Die Botschaften

● *Befund*

Die für „Bild“ quantitativ vergleichsweise umfangreiche und prominent platzierte Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise besteht aus einer sich ständig wiederholenden Veröffentlichung von sehr wenigen Botschaften in leichten sprachlichen und formalen Variationen.

● *Erläuterungen*

Es handelt sich zusammenfassend um folgende Botschaften:

- Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt, tun dies als Uneinsichtige immer noch; sie haben damit allein die Schuldenkrise verursacht, mit der sie den Euro in Gefahr bringen.
- Weil die Griechen die EU über ihre wahren Zustände getäuscht und über ihre Verhältnisse gelebt haben und leben, haben sie vom deutschen Steuerzahler keine Hilfe verdient.
- Die Deutschen haben jahrelang eisern gespart, hart gearbeitet, den Euro wesentlich zu dem gemacht, was er heute ist, und deshalb hat es der deutsche Steuerzahler nicht verdient, so ausgenutzt zu werden.
- Die Politik nimmt die Interessen der deutschen Bürger und insbesondere des deutschen Steuerzahlers zu wenig ernst und lässt sich wahlweise von Spekulanten und Banken, aber vor allem von Schuldensündern und Pleite-Staaten über den Tisch ziehen.

- „Bild“ als Repräsentantin und Interessenvertreterin des hart arbeitenden deutschen Steuerzahlers lässt dieses Verhalten der Politik nicht durchgehen und wacht aufmerksam über die Interessen der deutschen Steuerzahler.

- Es gibt eine Alternative zur herrschenden Krisenpolitik: Umschuldung und der zeitweise Austritt – freiwillig oder unfreiwillig – von Griechenland aus der Eurozone.

In der „Bild“-Berichterstattung stehen solche Nachrichten, Aspekte, Akteure, Thesen und Forderungen stets an vorderster Stelle, die einer dieser Botschaften bestätigend zuzuordnen sind. Alles andere wird ignoriert oder irgendwann beiläufig als Nebensache erwähnt. So entsteht eine ganz eigene Sicht auf die Ereignisse, eine eigene „Bild“-Welt. Insofern ist „Bild“ vermutlich der betriebswirtschaftlich profitabelste ‚Autist‘ Deutschlands.

● *Beispiele*

In allen untersuchten Texten ist durchgehend von ‚den Griechen‘ und ‚den Deutschen‘ die Rede. Es wird lediglich ein, zwei Mal differenziert: nach sozialen Gruppen, Gewerkschaften, politischen Organisationen.

In der Ausgabe vom 30. Januar wird in dem in dieser Untersuchung bereits ausführlich zitierten Tages-Kommentar die künftige Linie der Berichterstattung über die Griechenland-Krise umrissen. In ihm sind alle wichtigen Botschaften zusammengefasst.

Am 1. Februar geht es um „Korruption! Ohne Schmiergeld läuft in Griechenland fast

gar nichts mehr“ und: „Die drohende Staatspleite Griechenlands (BILD berichtete) gefährdet den Euro immer mehr!“

Am 2. März lautet die Headline: „Machen die Griechen den Euro kaputt?“, und der Text beginnt: „Das griechische Schulden-Drama wird immer mehr zu einer Gefahr für unseren Euro!“

Am 25. März geht es „Bild“ um die Forderung „Nie wieder Zahlmeister Europas! An unserer Kanzlerin beißt sich Europa die Zähne aus“.

Am 24. April heißt es „Griechen wollen unser Geld“ und groß und fett mitten im Text: „ALSO DOCH, DIE GRIECHEN WOLLEN UNSER GELD! 30 MILLIARDEN VON DER EU, 15 MILLIARDEN VOM IWF“.

Am 8. Mai dann der Aufmacher: „22,4 Mrd. Euro bis 2012 – Bundestag beschließt Griechenland-Hilfe“ und die Hauptzeile: „Versinken hier unsere Milliarden?“

Am 11. Mai die Schlagzeile: „750 Milliarden für Pleite-Nachbarn, aber Steuersenkung gestrichen“. Und dann in größer werdender Typografie: „Wir sind wieder mal Europas Deppen!“ Der Text beginnt auf Seite 1: „Es ist unfassbar!“ Und wiederholt dann erst einmal die Headline.

● *Deutung*

Die aktuellen Ereignisse sind nicht Grund und Gegenstand der Berichterstattung, sondern bieten „Bild“ lediglich Anlässe, um ihre – völlig unabhängig von den Ereignissen – feststehenden Botschaften in

zahlreichen Variationen zu transportieren und immer wieder neu und aktuell einzukleiden.

Es geht „Bild“ damit darum, die Krise in zweierlei Hinsicht emotional ‚aufzuladen‘: Die Ursache der Krise liegt in den Eigenschaften des griechischen Volkes. Die Griechen bedrohen mit ihrer Faulheit und Maßlosigkeit die materiellen Errungenschaften des deutschen Steuerzahlers. Es geht also um eine Auseinandersetzung zwischen Völkern. Darüber hinaus wird suggeriert, dass das deutsche Volk von den Griechen, aber auch von anderen Südländern materiell ausgenutzt wird. Es gilt – für „Bild“ –, den deutschen Steuerbürger zu schützen.

Wer von solchen ‚Wahrheiten‘ nationaler, ökonomischer oder moralischer Lesart ausgeht, die er im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung ‚hinterlegt‘ sieht, die deshalb rational nicht begründet und debattiert werden müssen, sondern die er glaubt via Feststellungen mobilisieren zu können – in diesem Fall in Form von erhöhter Aufmerksamkeit und eventuell erhöhter Auflage – der kann als klassisch populistisch handelnder Akteur gelten. Insofern gibt sich „Bild“ als Wachturm der Bevölkerung und als Weckruf an die politischen Eliten, letztlich als ein antipolitischer Akteur, der beansprucht für das deutsche Volk, als dessen Kern er den deutschen Steuerzahler sieht, zu sprechen.

3.2 Der deutsche Steuerzahler – die alleinige Perspektive

● *Befund*

„Bild“ konzentriert sich darauf, alle Ereignisse weitgehend aus der Perspektive des deutschen Steuerzahlers zu beschreiben.

● *Erläuterungen*

„Bild“ könnte aus vielerlei Positionen und Perspektiven über die Krise berichten: aus Sicht der Gewerkschaften, der Banken, der EU, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Finanzindustrie, der griechischen Opposition, der deutschen Regierung, der griechischen Mittelschichten oder der deutschen. Es müsste auch die wichtigsten Perspektiven immer wieder abdecken, wollte es ein journalistisches Produkt sein.

● *Beispiele*

Am 25. Februar heißt es innerhalb eines Textes über Demonstrationen in Griechenland: „... wir müssen die Zeche für die Misswirtschaft bezahlen“ und in fetten Großbuchstaben: „DAS RISIKO TRÄGT NATÜRLICH – DER DEUTSCHE STEUERERZÄHLER.“

Am 2. März ist das Thema erstmals als Titel auf Seite 1: „Kurs sinkt immer weiter“ lautet die Dachzeile und dann die Headline: „Machen die Griechen den Euro kaputt?“ Begleitet von der Illustration einer zerbrochenen 1-Euro-Münze. In den Texten an diesem Tag wird Volker Wissing (FDP), Vorsitzender des Finanzausschusses, mit den Worten zitiert, „der deutsche

Steuerzahler“ dürfe nicht „die Zeche für zurückliegende Fehler der Griechen zahlen“.

Am 5. März wird unter anderem der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt mit den Worten zitiert: „Wir bleiben beinhart dabei: kein deutscher Steuer-Euro nach Griechenland!“

Am 29. April lautet der erste Satz im Aufmacher-Text: „Wird Griechenland für den Steuerzahler zum Fass ohne Boden?“

Am 30. April führt „Bild“ ein Interview mit Wirtschaftsminister Brüderle. Die zweite Frage: „Sind die deutschen Steuerzahler der Zahlmeister Europas?“ Am selben Tag lautet die Headline auf Seite 1: „Mit unserem Steuergeld“ und „Warum retten wir diesen Griechen-Milliardär?“ In dem sich anschließenden Text wird detailliert der Reichtum des besagten griechischen Milliardärs geschildert und immer wieder wiederholt, dass der deutsche Steuerzahler dessen Zinsgewinne garantiere. Der Schlusssatz, ganz in Fett: „Heißt: Ab nächster Woche bürgt der deutsche Steuerzahler für einen griechischen Milliardär, macht ihm praktisch die Taschen voll.“ Bebildert ist dieser Text mit Fotos von dessen Privathubschrauber und Yacht.

● *Deutung*

Die inhaltliche Verengung auf eine Perspektive ist ein weiterer Beleg, dass es „Bild“ um etwas anderes geht als um journalistische Arbeit.

Mit Formulierungen wie ‚die wollen unser Geld‘ versucht „Bild“ eine ‚Volksfront‘ aus

„Bild“ und dem Steuervolk zu suggerieren, wobei eine ‚Gleichheit‘ aller Steuerzahler unterstellt wird: vom Arbeiter mit dem sogenannten kleinen Geldbeutel bis zum Milliardär.

Die gewählte Perspektive des deutschen Steuerzahlers ist einerseits nach journalistischen Maßstäben viel zu eng, sie bietet jedoch andererseits „Bild“ für ihre Zwecke eine Vielzahl von Optionen: So kann ein sehr breites inhomogenes Publikum angesprochen werden. „Bild“ greift eine weithin eingeübte und vertraute Stereotype auf: der hart arbeitende Deutsche, der immer in der Gefahr ist, von verschiedenen Kräften ausgenutzt zu werden. Mit dieser Perspektive können ohne großen Aufwand und in einem fließenden Übergang wechselnde Fronten aufgebaut werden: die faulen um Hilfe bittenden Griechen, der gierige Staat und seine Steuererhöhungen, die teure Steuermilliarden verschlingende EU-Bürokratie. Es handelt sich aus Sicht von „Bild“ also um eine ‚dankbare‘ und buchstäblich vielseitige ‚enge‘ Perspektive.

3.3 Wie „Bild“ sich sieht – Repräsentantin des deutschen Steuerzahlers und des deutschen Volkes

● *Befund*

„Bild“ präsentiert sich – manchmal unausgesprochen und oft ausgesprochen – mit aller Selbstverständlichkeit als gesellschaftlicher Akteur und Repräsentant der Interessen des Volkes, insbesondere der Interessen des deutschen Steuerzahlers.

● *Erläuterungen*

So tritt „Bild“ immer wieder auf als ein souveränes Gegenüber der Politik, das deutlich macht, was „wir Bürger“ wollen und wünschen; in Interviews von Verlagsverantwortlichen und in Unterlagen des Verlags spiegelt sich dieser Anspruch ebenfalls wider.

Das Bild, das „Bild“ vom Staat vermittelt, ist dagegen widersprüchlich. Er wird manchmal so charakterisiert, als seien der Staat wir alle. Manchmal wird ein Bild des Staates als eigenständiges Gegenüber der Bürger geschaffen: Wir Bürger sparen, aber der Staat tut dies und das nicht und gibt unser Steuergeld unnützlich aus.

Im hier untersuchten Fall positioniert „Bild“ sich zudem als entschiedener Verfechter und Lordsiegelbewahrer eines stabilen Euros und eines stabilen Europas: Beides muss für die Bürger nicht nur vor den Fahrlässigkeiten Griechenlands, sondern auch vor denen der Politik geschützt werden.

„Bild“ präsentiert sich so als Akteur, der einerseits stellvertretend einzelnen Menschen hilft und auf Missstände aufmerksam macht – siehe die ständige Aktion: „BILD hilft“ – und der die Interessen eines Volkes von deutschen Steuerzahlern offensiv und beharrlich vertritt; in diesem Zusammenhang sind auch die oben skizzierten Aktionen zu nennen. „Bild“ geriert sich als eine Art außerparlamentarische Opposition, die allerdings kein Interesse daran hat, dass das Volk selbst sich wehrt und die Verhältnisse sich ändern.

● Beispiele

Am 3. März fordert „Bild“ in einem Kommentar: „Kein Geld für Griechenland!“ Die Einschätzung: „Das Schuldendesaster Griechenlands ist die bislang größte Krise für den Euro.“ Deshalb sei es so wichtig, „dass die Bundesregierung Staatshilfen ausschließt und die Griechen zum Sparen zwingt“. Der Schluss: „Hoffentlich bleibt es dabei. Daran werden Merkel und Westerwelle von den Steuerzahlern gemessen!“

Am 24. März wird die Forderung in einer Headline präzisiert: „Frau Merkel, bleiben Sie bei Ihrem Nein!“ Und via ‚Volksabstimmung‘ soll sie wohl gleichermaßen gestützt und gedrängt werden: „Soll Merkel bei ihrem Nein bleiben? Stimmen Sie ab auf www.bild.de“.

Am 25. März lautet die Headline: „Nie wieder Zahlmeister Europas! An unserer Kanzlerin beißt sich Europa die Zähne aus“. Das von Merkel nie ausgesprochene definitive Nein stilisiert „Bild“ zu einem heldenhaften Kampf gegen das, was „Bild“ als bisherige deutsche Eu-

ropa-Politik bezeichnet: „Deutschland sagt Nein, wenn Europa ruft? So ist es! Der Kampf der Kanzlerin gegen EU-Kredite für das fast bankrotte Griechenland wird zum Exempel, zum Wendepunkt: Nie mehr Zahlmeister, nie mehr Liebling Europas. Das ist neu.“

Am 3. Mai wird auf Seite 2 ein zufriedener griechischer Ministerpräsident abgebildet, neben ihm ein nachgebildeter Scheck an „die Schuldenhallodris in Athen“, ausgestellt von ‚uns‘ „Steuerzahler-Deppen“ über 110 Milliarden Euro, und im Zentrum die Headline: „Pleite-Griechen kriegt den dicksten Scheck der Geschichte“. Der Text beginnt: „Jetzt fließen die Milliarden ... „

Am 11. Mai heißt es in dem Kommentar „Rettet den Euro!“ unter anderem: Der Euro bringe viel Gutes, die Deutschen hätten für seine Stabilität jahrelang hart gearbeitet, gespart und Entbehrungen ertragen. Und nun geschehe, was die Väter des Euros, „allen voran Helmut Kohl“, nie gewollt hätten: „Dass Brüsseler Bürokraten nach Gutdünken Kredite herumreichen, für die auch die deutschen Steuerzahler geradestehen müssten.“ Angela Merkel, „die ‚Eiserne Kanzlerin‘“, habe sich überrollen lassen. „Wir haben die Zeche gezahlt – während andere auf unsere Kosten schamlos Party feiern konnten!“ Es werde deshalb vorerst keine Steuersenkungen geben. „Das ist die verheerende Botschaft: Die anderen haben Schulden über alle Maßen gemacht, wir müssen dafür den Gürtel noch enger schnallen!“

Am 20. Mai steht der Kommentar des Tages unter der Überschrift: „Sparen ja – aber nicht für Pleite-Staaten“. Die Argumentation: Wenn

die Kanzlerin sage, auch wir Deutschen hätten über unsere Verhältnisse gelebt, dann stimme dies nicht, „wovon auch – angesichts konstanter Löhne seit Jahren, Nullrunden bei Renten? Über seine Verhältnisse lebt der Staat!“ Denn er rede vom Sparen, tue es jedoch nicht. Der Kommentator schlägt der Regierung deshalb eine Abmachung vor: „Wir Bürger“ sparen mit, „aber nur, wenn das Geld auch in Deutschland bleibt und nicht an Pleite-Staaten oder Gier-Banken fließt“. Wobei mit der geografischen Einschränkung klar ist, dass es innerhalb der deutschen Grenzen faktisch keine Gierbanken gibt. „Bild“ als Verhandlungspartner der Politik – im Namen des Volkes.

Am 22. Mai dann auf Seite 2 der Aufmacher mit der Dachzeile „Euro-Rettungsschirm“ und der Headline „Kostet uns dieser Beschluss 148 Milliarden?“ Unter diesem Text ist ein Kasten mit Zitaten von Politikern: dass die Kredite zurückgezahlt würden, dass es keine Steuererhöhungen geben werde und so weiter. Die Überschrift: „Daran werdet Ihr gemessen, liebe Politiker“.

Und mit dem Kommentar „Gegen alle Widerstände“ positioniert sich „Bild“ als das souveräne eigentliche Gegenüber der Politik, das fair verlieren kann, aber sich weiter als Mahner einmischt und als Akteur, der die Tagesordnung bestimmen will. Und das geht so: Mit den Stimmen von Union und FDP habe der Bundestag „das größte Pleite-Staaten-Rettungspaket der Geschichte beschlossen“. Und: „BILD hat diese Entscheidung, mit der bewährte Grundsätze der Währungsstabilität und der Europäischen Union über Bord geworfen wurden,

scharf kritisiert. Aber unsere Politiker sind auch dafür gewählt, damit sie frei und nach ihrem Gewissen entscheiden. Wenn es sein muss, auch gegen großen öffentlichen Widerstand.“ Das verdiene Respekt. Aber nun gehe es um Ziele, „für die ALLE Parteien kämpfen sollten. Kein Cent darf fließen, wenn die Pleite-Staaten nicht endlich zu sparen anfangen. Alle Profiteure der teuren Rettungsaktion, auch die Banken, müssen ihren Beitrag leisten. Und es muss Schluss sein mit der Schummelei! Europa ist schließlich nicht nur eine Währungs-, sondern auch eine Werte-Gemeinschaft“.

● *Deutung*

Mit dieser Rolle des selbsternannten Volksvertreters will „Bild“ eine besondere, im Wortsinne: herausragende Rolle im massenmedialen System einnehmen. Sie maßt sich an, nicht eine Meinung unter anderen zu vertreten, sondern ‚die Volksmeinung‘ zu repräsentieren. Sie setzt sich einen demokratischen Heiligenschein auf, in dessen Schutz sie einen antipluralistischen, letztlich antidemokratischen Anspruch praktiziert.

3.4 Die Charakterisierung der Griechen

● *Befund*

Es wird – abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen – sehr undifferenziert von den Griechen gesprochen. Sie werden in oft herablassender Form ausnahmslos negativ und ihr Verhalten

als alleinige Ursache der Krise dargestellt. Die Situation im Land selbst wird positiv dargestellt: Rentnern und Arbeitnehmern gehe es besser als in Deutschland, es gebe dort keine Krise, sondern eher ‚das pralle Leben‘. Das Volk der Griechen sehe zudem die Lage nicht ein und wolle keine Konsequenzen ziehen. Die Griechen sollen deshalb – freiwillig oder erzwungenermaßen – aus der Eurozone austreten.

● Erläuterungen

Es wird darauf verzichtet, genauer und differenzierter über Griechenland zu berichten, die Verhältnisse dort darzustellen und Informationen zu liefern. Es wird höchst selten differenziert: zwischen Politik und Bevölkerung, zwischen Regierung und Opposition, zwischen Verantwortlichen und Nichtverantwortlichen, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Krisengewinnlern und Krisenverlierern, zwischen Arm und Reich. Die Ursachen der Korruption werden ebenso wenig behandelt wie beispielsweise die Gründe für die Staatsverschuldung.

● Beispiele

Am 1. Februar erscheint ein Text über „Korruption! Ohne Schmiergeld läuft in Griechenland fast gar nichts mehr“. In dem Text wird darauf hingewiesen, dass laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gerade einmal 5000 der 11 Millionen Griechen ein Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Euro angeben. Es heißt weiter: „Gleichzeitig prahlt Athen damit, die größte Dichte an teuren Porsche Cayenne in ganz Eur-

opa zu haben. In den Häfen der Hauptstadt liegen viele der dicksten Jachten des Mittelmeers.“ Diese beiden letzten Sätze des Textes sind unterstrichen.

Am 12. Februar erläutert „Bild“ in einem Text unter anderem: „Die Euro-Krise – BILD beantwortet wichtige Fragen: Wer ist schuld an der Krise? Griechenland!“ Weiter: „Was bedeutet die Krise für den Euro? Der Euro wird weicher – aus Angst vor der Pleite Griechenlands!“ Neben diesem Text steht der Tages-Kommentar mit der Überschrift: „Achtkant raus!“ Aus dem Inhalt: „Die ach so stolzen Griechen haben getrickst, getäuscht und geprasst – und jetzt sind sie fast pleite.“ Eigentlich müsse man die Griechen rauswerfen, das geht aber nicht. Dann wenigstens „kein frisches Steuergeld“ den Griechen nachwerfen, die sollen „ihre Suppe selber auslöffeln. Am besten unter strenger Aufsicht“.

Am 25. Februar wird über Auseinandersetzungen in Griechenland berichtet: „Griechen streiten und streiken, statt zu sparen.“ Der Fettvorspann lautet: „Griechenland – ein Staat versinkt im Chaos. Und wir müssen die Zeche für die Misswirtschaft bezahlen.“ Es geht weiter: „Statt sich am Riemen zu reißen, legten die Griechen ihr Land gestern mit einem Generalstreik lahm [...].“ Und: „Was die Griechen einfach nicht wahrhaben wollen: Sie leben seit Jahren meilenweit über ihre Verhältnisse.“

Am 1. März erscheint ein bebildeter Text: „So verbrennen die Griechen die schönen Euros ... lesen Sie mal, was die sich alles leisten.“

Am 2. März lautet die Headline auf Seite 1: „Machen die Griechen den Euro kaputt?“ Der Text beginnt: „Das griechische Schulden-Drama wird immer mehr zu einer Gefahr für unseren Euro!“

Am 3. März berichtet „Bild“: „Griechenland bittet die EU um Hilfe an!“ Dabei sind die Griechen zugleich offensichtlich uneinsichtig, denn „Jetzt sprechen Griechen in BILD“, und die sagen: „Die Deutschen sollen uns in Ruhe lassen.“ In einem kurzen Fettvorspann des Textes heißt es: „Griechenland bedroht den Euro – jeden Tag hagelt es heftige Kritik an Schlendrian, Trickserei und Verschwendung. BILD-Reporter waren in Athen, haben bei den Menschen nachgefragt – und heute reden Griechen in BILD.“ Es werden dabei junge und ältere Griechen aus verschiedenen Berufsgruppen zitiert, welche – aus sehr unterschiedlichen Betrachtungsweisen, Erfahrungen und Motiven – jedoch in einem einig sind: Sie verbitten sich die Einmischung und Kritik der Deutschen.

Am 5. März beschreibt „Bild“ in einem offenen Brief an den griechischen Premierminister ein arbeitsames und sparsames Deutschland, das nicht betrügt, wo es keine Schmiergelder gibt, dessen Menschen arbeiten, „bis sie 67 Jahre alt sind“. Weiter heißt es: „Wir wollen Freunde der Griechen sein.“ Deshalb habe „Deutschland seit dem EU-Beitritt netto um die 50 Milliarden Euro für Ihr Land gegeben“. Zu einer Freundschaft gehöre, dem anderen offen die Meinung zu sagen. Für eine Rückantwort lege die Redaktion „eine passende Briefmarke“ bei, „schließlich wollen wir Ihnen beim Sparen helfen“.

Am 12. März berichtet „Bild“: „Generalstreik, Straßenschlachten! Das verstehen die Griechen unter Sparen.“

Am 26. April ist „BILD bei den Pleite-Griechen“, so die Dachzeile, und fragt in der Headline: „Krise? Welche Krise?“ Der Tenor des mit einem Foto aus einer Gastronomie- und Partyzeile bebilderten Berichtes des von „Bild“ nach Athen entsandten Korrespondenten: Dieses Land wolle viel Hilfe und habe Europa ins Währungschaos gestürzt. „BILD fuhr ins Land der Bankrotteure und Luxusrenten, Steuerhinterzieher und Abzocker.“ Nach wenigen Zeilen erfährt der Leser den Befund in Fett: „Von Krise keine Spur!“ Die geschilderten Begegnungen: gute Laune unter wohlhabenden Griechen in einem piekfeinen Casino, Taxifahrer und Zeitungsverkäufer, die Quittungen verweigern, eine Rentnerin mit 3500 Euro Pension im Monat, Alkohol in Strömen im Athener Partyviertel, Müll auf der Straße wegen streikender Müllfahrer.

Am 28. April lautet die Headline auf Seite 1: „Angst um unser Geld“ und „Griechen so gut wie pleite“ und „Auch Portugal stürzt in die Krise“ und „Aktien brechen in ganz Europa ein“. Der erste Satz des Textes lautet: „Reißen die Pleite-Griechen ganz Europa runter?“ Und mit einem großen Foto einer Demonstration in Athen ist ein Text bebildert, der die Headline hat: „Wir wollen nicht sparen!“

● *Deutung*

Die – von zwei, drei Ausnahmen abgesehen – undifferenzierte Darstellung ,der

Griechen‘ ist notwendig, um die Berichterstattung zuspitzen, dramatisieren und emotionalisieren zu können. Es ist an keiner Stelle der Anspruch zu spüren, ein ganzheitliches und zugleich differenziertes Bild der Lage in Griechenland zu geben. Vielmehr wird das griechische Volk als faul, betrügerisch und uneinsichtig dargestellt.

Die Berichterstattung insgesamt ist geprägt von dem Versuch, aus der Griechenland- und Eurokrise eine Auseinandersetzung zwischen Nationen zu machen. Die fleißigen und hart arbeitenden Deutschen werden von den faulen Griechen ausgeutzt. Und die Griechen bedrohen mit ihrem Lebensstil den Wohlstand der Deutschen, der sich vor allem in einer harten Euro-Währung manifestiert. In dieser Dramatisierung steckt hohes demagogisches Potenzial.

2.5 Die Kategorie der Moral

● *Befund*

„Bild“ arbeitet und argumentiert intensiv mit Kategorien der Moral.

● *Erläuterungen*

Die Griechen mit ihren „satten Sünden“ haben die Welt betrogen, und deshalb müssen sie jetzt sühnen. Hilfe haben sie nicht verdient. Ihnen nicht zu helfen, das kommt einer gerechten Strafe gleich. Überspitzt gesagt: Dadurch, dass

Griechenland nicht geholfen wird, erhält es seine letzte Chance, um sich aus eigener Kraft zu läutern und damit auch die eigene Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der anderen wiederzugewinnen. Indem es nämlich von einem präsensenden, betrügenden, faulen, feiernden, steuerhinterziehenden und korrupten Sündenpfuhl zu eisernen deutschen Spar- und Arbeitstugenden findet.

● *Beispiele*

„Bild“ kommentiert am 29. Januar, die Wirtschaft müsse sich wieder in den Dienst der Menschen stellen, die Welt brauche neben einer schärferen Kontrolle der Finanzmärkte „Manager, die sich wieder als ehrbare Kaufmänner verstehen. Die für ihre Mitarbeiter sorgen, sie anständig bezahlen und genug junge Menschen ausbilden“. Milliardengewinne und Niedriglöhne, das verstehe niemand mehr.

In der Ausgabe vom 9. Februar wird das Thema Euro-Stabilität aufgegriffen. Der Kommentar hat den Duktus: Das Vertrauen in den Euro sei weg, „seit feststeht, dass Griechenland sich die Euro-Zugehörigkeit mit Lug und Trug erkaufte hat“.

Am 2. März heißt es in einem Kommentar: „Die Tricks und satten Sünden der Griechen sind eins [...]“

Am 5. März greift erstmals Franz Josef Wagner mit seiner Kolumne ein und schreibt sehr versöhnlich: „Liebe Griechen“. Er listet die Erregenschaften der Griechen über viele Zeilen auf und fragt sich, „wie das einst klügste Volk der Erde so vor die Hunde gehen kann“ und wo seine Helden heute seien.

● *Deutung*

Wer sich in der Welt der Moral bewegt und mit letztlich nicht begründungspflichtigen Wertungen hantiert, der hat freie Bahn: Er muss nicht analysieren und bewerten, er kann sachlich unanfechtbar mit Gefühlen und Eindrücken spielen, sich in den Kategorien gut und böse, schwarz und weiß, schuldig und unschuldig bewegen, infolgedessen emotionalisieren und dramatisieren. Er bewegt sich damit jenseits des Journalismus.

3.6 Akteure im ‚Schonwaschgang‘

● *Befund*

„Bild“ verschweigt das Thema Spekulation, Finanzmarktakteure und Banken nicht. Es widmet diesem Aspekt jedoch nur am Rande Raum und geht zudem mit den entsprechenden Akteuren – abgesehen von harter allgemeiner Kritik in ein, zwei Kommentaren – in einer auffallend schonenden Weise um. Die Bewertung wird gerne Dritten überlassen.

● *Erläuterungen*

Das Verhalten und die Schuld von Spekulanten und Banken sowie die Notwendigkeit, dass diese Akteure an den Kosten der Krise beteiligt werden müssen, wird wiederholt erwähnt und in Kommentaren eingefordert. Trotzdem: „Bild“ spitzt in diesen Fragen immer wieder den Mund, aber pfeift nicht. Da ist „Bild“ auffällig harmlos. Keine Personalisierung, keine Zuspit-

zung, keine Dramatisierung, keine Attacken – gegen deutsche Banken und Unternehmen, gegen Ratingagenturen gleich gar nicht. Es wird lediglich einem allgemeinen, unspezifischen Unwohlsein Ausdruck verliehen. Und wenn es einmal etwas konkreter und härter wird – dann nur gegenüber ausländischen Banken. Mit dem Untersuchungsthema eng zusammenhängende Aspekte wie die Re-Regulierung der Finanzmärkte, Finanzsteuern, Entmachtung der Ratingagenturen, deren Verfehlungen sowie das Problem der freien Finanzmärkte, das alles wird nicht behandelt, bestenfalls am Rande erwähnt.

„Bild“ dramatisiert fast alles, nur diesen Themenbereich nicht.

● *Beispiele*

Am 2. März geht es in dem Kommentar „Dreister geht’s nicht“ um Spekulanten, „die Banken und Milliardenfonds“, die zum Schaden Europas und des Euros „auf den Untergang eines ganzen Staates wetten“. Dies sei „mindestens ein ebenso großer Skandal“ wie das Verhalten „der Griechen“. Deshalb müsse die Politik den Verantwortlichen „das Handwerk legen“. Der Schlusssatz: „Es kann nicht sein, dass der ganze Euro wackelt, weil die Finanzspekulanten schon wieder den Hals nicht voll kriegen.“

Am 5. März bringt „Bild“ ein Interview mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel: „Deutschland darf nicht für die Zocker bluten“. Die Botschaft von Gabriel: Hilfe für Griechenland bestehe darin, den Spekulanten das Handwerk zu legen, aber das Problem sei: „Es sind die Freunde und Spender von Angela Merkel

und Guido Westerwelle, die daran verdienen. Deshalb passiert ihnen nichts.“

Am 8. März behandelt „Bild“ das Thema Spekulation: „Also doch! Spekulanten wetten auf Pleite Griechenlands“. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) habe Hinweise darauf. Es wird sachlich mit Verweis auf den „Spiegel“ das Problem der Kreditausfallversicherungen knapp erläutert und die Kanzlerin zitiert, die künftig dagegen vorgehen wolle. Namen der Spekulanten werden nicht genannt.

Am 29. April gibt es einen Kasten über „Die Macht der Rating-Agenturen“. Es wird sehr sachlich und ohne ein kritisches Wort festgehalten, dass diese Agenturen Anlegern mit ihren Einstufungen helfen, „Kauf- oder Verkaufsentscheidungen zu treffen“. Sie analysierten nach der „politischen Lage, der Wirtschaftsdynamik, Aktienkurs, Schulden usw.“ Die Herabstufung der Griechen sei erfolgt, so darf ein Sprecher von „Standard&Poor's“ erläutern, da das jetzige Umfeld es den Griechen erschwere, die Schulden nachhaltig zu stoppen.

An diesem Tag behandelt ein weiterer Text die Frage: „Wer macht sich in der Krise die Taschen voll?“, so die Headline. Hier klärt „Bild“ „wichtige Fragen“. Deutsche Bank und Versicherungen haben Geld an Griechenland verliehen, dabei seien je nach Zins und Kurs „4,6 bis 33,2 % Rendite drin – zig Millionen“. Ob es reine Zocker gebe: Ja. Dann wird korrekt das Geschäft mit den Kreditausfallversicherungen skizziert.

Am 3. Mai wird das Thema behandelt: „Warum werden die Banken nicht beteiligt?“ Der

Tenor des Textes: Die Banken kassieren im Zusammenhang mit der Griechenland-Krise hohe Zinsen und tragen kein Risiko, dieses trage der deutsche Steuerzahler. Es werden der „Finanzexperte Wolfgang Gerke“ und der „Chef der Wirtschaftsweisen, Wolfgang Franz“ mit sehr kritischen Stellungnahmen zu den Banken zitiert, ebenso wie Garrelt Duin, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Am 5. Mai fordert der Tages-Kommentator: „Auch Banker müssen zahlen!“ Ein freiwilliger Beitrag reiche nicht, in Anbetracht dessen, was die Banken und Finanzkonzerne verdient hätten. Deshalb: „Es muss rasch geklärt werden, wie die Banken richtig in die Pflicht zu nehmen sind.“ In der Marktwirtschaft müsse jeder das Risiko mittragen: „Vollkasko für Banken ist das Gegenteil. Ludwig Erhard würde sich im Grabe umdrehen.“

Am 12. Mai bringt „Bild“ den Text: „Das sind die Gewinner der Krise“. Die Antwort von „Bild“: „Die Gewinner des gigantischen Rettungspakets der EU sind vor allem die Banken.“ Und weiter: „Die Steuerzahler helfen europaweit den Banken. BILD NENNT DIE FAKTEN.“ Interessanterweise profitieren die französischen Banken, die niederländischen Banken und die spanischen Banken, aber keine der deutschen Banken; diese spielen gar keine Rolle in dem Text.

● *Deutung*

Unter handwerklichen Gesichtspunkten und auch unter dem Aspekt des Leser-, vielleicht weniger jedoch des Anzeigenmarktes könnte „Bild“ auch eine Dramatisierung und Emotionalisierung betreiben, indem sie nicht Nationen, sondern Interessengruppen gegeneinander stellte. Beispielsweise die griechischen und deutschen Spekulationsgewinner gegen die griechischen und deutschen Spekulationsverlierer. Das heißt, „Bild“ hätte eine Alternative gehabt, zu der sie jedoch nicht gegriffen hat. Logischerweise, da diese Alternative den Grundkonstanten und Grundinteressen des Verlages und der gesamten bisherigen Arbeit von „Bild“, die im Grundsatz eine Ethnisierung und Nationalisierung wirtschaftlicher und sozialer Gegebenheiten und Konflikte pflegt, widersprochen hätte. So hat sich „Bild“ einem rechtspopulistischen und nationaethnischen Populismus verschrieben und nicht einem links-populistischen und sozialen.

Dementsprechend wird ab und zu eine recht allgemeine Kritik gegen Banken und Finanzkonzerne vorgetragen: Es werden jedoch keine Namen genannt, es wird nicht zugespitzt und nicht dramatisiert, und vor allem sind es die nichtdeutschen Banken, welche als Krisengewinnler dargestellt werden.

3.7 Die Charakterisierung ‚der Politik‘

● *Befund*

Die Politik ist ein Gegenüber der Bürger, das ständig unter dem Verdacht steht, dem Bürger Abtrüglisches zu tun. „Bild“ passt auf und ist von Verachtung und leichter Häme nicht frei.

Wer sich im Sinne von „Bild“ verhält – siehe die kurzzeitige ‚Eiserne Kanzlerin‘ –, der wird gelobt und gestützt. Als Akteure der Politik werden die Kanzlerin, deren engeres Machtumfeld, wenige Spitzenpolitiker von Union, FDP und ab und zu der Vorsitzende der SPD zur Kenntnis genommen; Politiker der Grünen und der Partei Die Linke spielen keine Rolle. Weitere Politiker nehmen die Rolle von Zitatelieferanten ein.

● *Erläuterungen*

Es gibt für „Bild“ die Politik und die Bürger. „Bild“ tritt gegenüber der Politik für die Interessen der Bürger ein. „Bild“ ist also nicht Beobachter, sondern Akteur. „Bild“ schätzt an der demokratischen Politik genau das nicht, was diese ausmacht: Es wird zu viel geredet, verhandelt und Rücksicht genommen – auf die Falten.

● *Beispiele*

Am 27. März feiert „Bild“ Angela Merkel, ein bisschen: „Die doppelte Kanzlerin“. Der Tenor: Wie sie sich auf EU-Ebene durchgesetzt habe, das sei „Champions League ganz oben“. Denn: 27 Staats- und Regierungschefs treffen sich „in einer schweren Euro-Krise“. „Mittendrin Angela Merkel, die Ziele setzt und Grenzen. Die

deutlich sagt, was sie will. Die für ihre Linie kämpft – und am Ende gewinnt.“ In Berlin setze sie sich in ihrer Regierung jedoch nicht so eindeutig durch, das sei „zu oft wie zweite Liga“. Der Erfolg der Kanzlerin wird in einem Text in folgendem Stakkato-Satz zusammengefasst: „Griechenland gestützt, den Euro – vorerst – gerettet, die EU-Länder auf Linie gebracht.“ Die Sehnsucht von „Bild“ nach einer starken Führungsfigur ist wenigstens zu 50 Prozent gestillt.

Am 28. April verfolgt der Tages-Kommentar die Linie: Es seien sich doch alle einig: Künftig müsse ein Land die Eurozone verlassen, wenn es sich nicht an die Regeln halte. Der Schluss: „Wenn aber in Zukunft ein Rauswurf zur Not richtig ist, dann kann ein freiwilliger Austritt der Griechen heute nicht falsch sein. Wann begreifen die Regierungen das endlich?“

Am 29. April ‚gratuliert‘ der Kommentator: „Glückwunsch, liebe Bundesregierung!“ Der Tenor: Die Regierung habe kein Geld für Rentner, Kindergärten, Parks, Schulen und Steuer-senkungen. „Aber plötzlich habe unsere Politiker Milliarden Euro für die Griechen, die jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt, sich den Euro erschummelt und Europa nach Strich und Faden belogen haben.“

Am 30. April fragt der Kommentator: „Lernt ihr es eigentlich NIE...?“ Gemeint sind die Politiker, und die Argumentation geht so: „Gierige Banker und Spekulanten“ haben die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verursacht. Dann baten sie um Hilfe, und „der Staat, wir alle, haben sie rausgehauen“. Die Politik wollte ihnen das Handwerk legen. Das geschah nicht, jetzt

zocken sie wieder, gegen Griechenland, und wieder würden Steuergelder investiert. Wenn die Bundesregierung schon machtlos sei, dann möge sie wenigstens ehrlich sein: „Sie sollte den Bürgern sagen: Wir sehen keine Alternativen für die Milliardenhilfe an die Griechen – aber die Kohle ist weg [...]!“

Am 4. Mai heißt es auf Seite 1: „Warum brechen unsere Politiker diesen EU-Vertrag?“ Grafisch eingebaut ist ein Satz aus Artikel 125: „Ein Mitgliedsstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten eines anderen.“ Der Aufmacher auf Seite 2 ist – in Fortsetzung von Seite 1 – einer Aktion gewidmet: „Liebe Politiker, würden Sie mit Ihrem Privat-Vermögen für die Griechen-Milliarden bürgen?“ Und: „Liebe Leser, schicken Sie diesen Brief an Ihren Abgeordneten“.

Der Kommentar am 8. Mai zielt darauf ab, die Politiker sollten doch die Wähler nicht für dumm verkaufen. Jeder wisse doch, dass ein Lottogewinn wahrscheinlicher sei als die Rückzahlung der Kredite. Und jeder wisse, dass die Kredithilfe auch nicht alternativlos sei, wie die Kanzlerin behauptete: „Mit Umschuldung und Austritt aus dem Euro gibt es einen anderen Weg – den jetzt schon zu gehen sich nur keiner traute.“ Und der Schluss: „Die Banken-Krise Ende 2008 hat Angela Merkel souverän gemeistert. Doch im Griechenland-Sturm ist sie eine Getriebene. Das bleibt haften.“

Am 14. Mai gibt es ein sehr langes Interview mit „Bank-Legende Hilmar Kopper über die Euro-Krise“. Die Headline: „Das dümmliche Gerede der Politiker macht alles noch schlimmer“. Der Tenor: Kopper sieht den Euro als „stark und widerstandsfähig“. Er mache sich

Sorgen um die Politik. Die Hilfen seien richtig, nur zu zögerlich gekommen. Die dramatische Situation in Griechenland „hat nur der griechische Staat zu verantworten – und die europäische Politik, die jahrelang weggeschaut hat“.

Und am 18. Mai steht in einem vierspaltigen Bericht, wie wenig Politiker bewirken: „Schäuble wieder zurück im Amt! Aber der Euro-Kurs fällt und fällt [...]“. Der Text beginnt: Der Euro stehe inzwischen bei 1, 22 Dollar und damit so tief wie seit 2006 nicht. Schäuble sei wieder aus dem Krankenhaus zurück und bei der Arbeit. „Trotz Sitzungsmarathon und Dauertelefonaten – der Euro fiel gestern zunächst weiter, sackte in den frühen Morgenstunden auf den tiefsten Stand seit vier Jahren (1 Euro = 1,2234 Dollar) [...]“.

● *Deutung*

Die Politik wird von und in „Bild“ als wankelmütig, begriffsstutzig und wenig mutig skizziert. Dabei ist es nach „Bild“ doch so einfach, das Richtige zu erkennen und zu tun: in diesem Fall Griechenland aus der Eurozone zu drängen. So versucht „Bild“ die Politik mit dem sogenannten gesunden Menschenverstand zu konfrontieren und diesen zugleich zu mobilisieren. Damit wird demokratische Politik als eine dem Bürger und seinen Interessen und Gefühlen gegenüber grundsätzlich abgewandte Institution charakterisiert, die ihr eigenes ‚Leben‘ entwickelt hat.

3.8 Mangel an Basis-Informationen

● *Befund*

Obwohl das Land Griechenland in der Berichterstattung eine zentrale Rolle spielt, gibt es an keiner Stelle und zu keinem Zeitpunkt eine kompakte Information über das Land. Auch zu anderen wichtigen Aspekten des Untersuchungsthemas werden den Lesern keine verlässlichen Grundinformationen geliefert. Vielmehr gibt es nicht selten stark tendenziöse Darstellungen.

● *Erläuterungen*

Es wäre naheliegend, wenigstens in einem von diesen für „Bild“ sehr zahlreichen und vergleichsweise langen Texten Informationen über Griechenland zu liefern: zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur, zur Entwicklung der Staatsschulden, zur Lohnquote, zu Steuereinnahmen etc.; auch in einem zeitlichen Vergleich und im Vergleich mit anderen Nationen. Doch dazu findet sich fast nichts.

In der hier untersuchten Berichterstattung wird beispielsweise die Verschuldung von Griechenland sehr stark dramatisiert. Würde „Bild“ versuchen, Zusammenhänge herzustellen und zu vergleichen, dann müsste sie berichten, dass andere Staaten wie Irland, USA oder Japan noch stärker verschuldet sind. „Bild“ müsste dann auch berichten, dass die Pro-Kopf-Verschuldung (die Angaben schwanken je nach Quelle) in Griechenland etwa bei 24.000 Euro und in Deutschland bei immerhin etwa 22.000 Euro liegt.

● Beispiele

Am 10. März behandelt „Bild“ vergleichsweise ausführlich den Vorschlag von Finanzminister Wolfgang Schäuble, einen Währungsfonds einzurichten. Bereits die Headline macht deutlich, dass es sich bei diesem Text um reine Wertung und keine Information handelt: „Der Irrsinn mit dem EU-Währungsfonds“. Die Unterzeile lautet: „Wird der EU-Vertrag ausgetrickst, damit wir am Ende doch zur Kasse gebeten werden?“ Mit vielen Zitaten von Experten aus anderen Medien, wie dem „Handelsblatt“ und der „Süddeutschen Zeitung“, wird der Frage nachgegangen, was es mit diesem Vorhaben auf sich hat. Gleich zu Beginn steht in dieser Analyse die Position von „Bild“: „Der EWF als Rettungsanker für alle Schummel- und Pleite-Staaten Europas – DARUM DARF DER EWF NICHT KOMMEN“. Dann folgen die Gründe. Und der Satzsatz, natürlich gefettet und unterstrichen: „Das wäre der EWF: ein Europäisches Währungsfass ohne Boden ...“

Am 27. April steht auf Seite 1 die Headline: „Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxus-Renten?“ Auf Seite 2 unten wird dann geschildert: „So gut haben es Rentner in Griechenland“. Mit Verweise auf Daten von Eurostat, der OECD und der Deutschen Rentenversicherung wird folgendes Bild gezeichnet: Von den Verhältnissen in Griechenland „können viele in Deutschland nur träumen“. Ein Kasten mit Vergleichszahlen, meist als Prozentzahlen, wird mitgeliefert. Tags zuvor, am 26. April auf Seite 2, stellte „Bild“ mit Foto eine 85-jährige Post-Pensionärin vor, die 3500 Euro monatlich bekommt.

● Deutung

Da „Bild“ nicht informieren, sondern aufgrund ihrer nichtjournalistischen Konzeption Botschaften verbreiten will, kann sie gar keine weiterführenden und differenzierenden Fakten über Griechenland transportieren.

„Bild“ verwendet einzelne Informationen, um zu dramatisieren und zu emotionalisieren. Das geht so: Die einzelne Information wird allein in den Mittelpunkt gerückt. So kann mit Hilfe einer präzisen Einzelinformation ein in Gänze falsches dramatisierendes und emotionalisierendes Bild gezeichnet werden. Beispiel: Die Renten sind in Griechenland in den vergangenen Jahren prozentual stärker gestiegen als in Deutschland. Wenn nur diese Prozentzahlen verwendet, aber keine Angaben über die Durchschnittsrente in absoluten Zahlen gemacht werden, entsteht ein falsches Bild, das bewusst gestützt wird, wenn „Bild“ beispielsweise von „Luxusrenten“ spricht. Als absolute Zahl wird im zugehörigen Info-Kasten die mögliche „Höchstrente in Euro“ genannt – weil diese in Griechenland (2538 Euro) höher liegt. Dieser Befund belegt ebenfalls, dass „Bild“ nach einem grundsätzlich nichtjournalistischen Konzept arbeitet: Sie sucht nur solche Informationen zusammen, die ihr ins Konzept passen.

3.9 Fehlende Grafiken

- *Befund*

„Bild“ setzt – obwohl sie ein sehr visuell orientiertes Medium ist – ganz selten das sehr sinnvolle und verbreitete Mittel der Grafik ein.

- *Erläuterungen*

Medien nutzen immer intensiver das Instrument der Grafik, um (Vergleichs-)Zahlen anschaulich zu transportieren oder um komplizierte Sachverhalte vergleichsweise einfach und für das Publikum leicht konsumierbar präsentieren zu können.

- *Beispiele*

Dieser Befund ist mit jeder Ausgabe zu belegen.

- *Deutung*

Der Grund kann unter anderen darin liegen, dass Grafiken es erleichtern, Daten zu vergleichen: entweder im zeitlichen Ablauf und/oder zwischen Ländern und weiteren Akteuren. Grafiken sind also geeignet, differenzierende Fakten zu transportieren. Gerade daran hat „Bild“ kein Interesse. Im Gegenteil: Daten und Zahlen werden von ihr immer eingesetzt und genutzt, um einen bestimmten Eindruck oder eine bestimmte Botschaft zu vermitteln, nicht um zu informieren. „Bild“ nutzt Informationen, um eine eigene Welt zu konstruieren. Deshalb würden Grafiken nur stören.

BEISPIEL: Die Entwicklung der Euro-Währung spielt in der Berichterstattung eine zentrale Rolle. „Bild“ geht dabei immer davon aus, dass die Euro-Währung verfällt und in gefährlicher Weise ‚weich‘ wird. Auch dabei wird immer mit Prozentzahlen und selten mit absoluten Zahlen gearbeitet, die sich jedoch nur auf jeweils kurze Zeiträume beziehen. Mit einer Verlaufsgrafik wäre „Bild“ beispielsweise gezwungen, die Entwicklung des Euros über einen längeren Zeitraum darzustellen. So würde sich zeigen, dass der Euro sich in seiner Geschichte stets zwischen einem unteren Stand von etwa 0,80 Dollar und 1,50 Dollar bewegte. In der gesamten Krisensituation, die hier analysiert wird, lag der Wert des Euros zwischen 1,35 und 1,20 Dollar.

Das Beispiel zeigt, dass Grafiken als ein Instrument der visuellen Vermittlung von differenzierenden Daten das inhaltliche Konzept von „Bild“ stören würden, das auf Eindeutigkeiten, oft verfälschenden Vereinfachungen, Superlative und Dramatisierung ausgerichtet ist.